

6. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

30. Oktober 1952

568/J

A n f r a g e

der Abg. Wilhelmine M o i k , Marianne P o l l a k , Rosa J o c h m a n n
und Genossen

an Bundesminister für Handel und Wiederaufbau und für Justiz,
betreffend Einschreiten gegen Zoll- und Steuerbetrug.

-.-.-.-

Mit Empörung hat die Öffentlichkeit davon Kenntnis genommen, dass zwei Grazer Geschäftsleute einem Betrüger bedenkenlos 91.000 S anvertrauten, weil er ihnen versprach, billigen Schmuggel-Zucker und andere Waren von der USIA zu besorgen. Unverständlich war der Bevölkerung die völlig unverdiente Schonung dieser gewissenlosen Wirtschaftsverräter, deren Namen die Polizeikorrespondenz schamhaft verschwieg. Das ist eine gegenüber solchen Menschen völlig unangebrachte Milde.

Im Gegenteil fordert die österreichische Bevölkerung immer stärker, dass gegen die aus schnöder Gewinnsucht handelnden österreichischen Helfershelfer des Steuer- und Zollbetruges des russischen USIA-Handels energischer vorgegangen werde. In unserem Strafgesetzbuch wäre schon jetzt eine Bestimmung einzubauen, welche den bedenklichen Ankauf geschmugelter Waren mit den schwersten Strafen belegt.

Die Zoll- und Steuerhinterziehungen der USIA kosten nach vorsichtigen Schätzungen die österreichischen Steuerzahler bisher 3.300 Millionen Schilling und bringen Jahr für Jahr neue Belastungen in der Höhe von jährlich 500 Millionen Schilling. Für diesen Entfall an Staatseinnahmen müssen alle Österreicher erhöhte Steuerleistungen erbringen. Solange das österreichische Volk die Besatzung zu ertragen gezwungen ist, wird die Missachtung der österreichischen Gesetze durch die Besatzungsmächte und ihre Unternehmungen nicht zu vermeiden sein. Aber schon jetzt müssen Österreicher von den Behörden zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie aus schnöder Gewinnsucht das Treiben der ausländischen Zoll- und Steuerhinterzieher fördern.

Nach Ansicht der gefertigten Abgeordneten verliert ein Gewerbetreibender, der sich mit Schmugglern einlässt, genau so die für die Gewerbeberechtigung notwendige Verlässlichkeit wie jeder andere Hehler. Es ist solchen Personen durch den sofortigen und rücksichtslosen Entzug der Gewerbeberechtigung für alle Zukunft die Möglichkeit zu nehmen, um des persönlichen Vorteils willen die Interessen des österreichischen Volkes zu schädigen.

7. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

30. Oktober 1952

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau und an den Herrn Bundesminister für Justiz die nachstehenden

A n f r a g e n:

1.) An den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau:

Ist der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau bereit, den ihm unterstehenden Behörden die Anweisung zu geben, allen Geschäftsleuten, welche mit unverzollten Waren oder Waren von Betrieben, welche die österreichischen Steuern nicht bezahlen, Handel treiben, mangels der notwendigen Verlässlichkeit die Gewerbeberechtigung sofort zu entziehen?

2.) An den Herrn Bundesminister für Justiz:

Ist der Herr Bundesminister für Justiz bereit, bis zum Zusammentritt des neugewählten Nationalrates einen Gesetzentwurf ausarbeiten zu lassen, der Hehlergeschäfte mit Schmuggler- und Steuerhinterzieher-Organisationen jeder Art mit schweren Strafen und dem sofortigen Verfall der Gewerbeberechtigung bedroht?

-.--.-.-